

Nach Auffassung der Verkehrsgewerkschaft GDBA gerät die Diskussion um die weitere Zukunft des Konzerns Deutsche Bahn AG zunehmend in eine argumentative Schieflage. Dies wird, insbesondere unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherheit in den Unternehmen des Schienenverkehrs, mit großer Sorge betrachtet.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesvorsitzende der Verkehrsgewerkschaft GDAB, Klaus-Dieter Hommel, sowohl den Bundesverkehrsminister wie auch alle Landesverkehrsminister angeschrieben, und noch einmal die Standpunkte der GDBA deutlich gemacht. In Erinnerung gerufen wird unter anderem, dass es das Kernziel der Bahnreform war – und immer noch ist – Verkehrsvolumen und Verkehrsmarktanteile der Schiene deutlich zu steigern.

Vor diesem Hintergrund werde in der heutigen politischen Diskussion von einem Teilverkauf des Bahnkonzerns eine Verbesserung der Ausgangslage für diesen Verkehrsträger erwartet. Als Voraussetzung für einen Teilverkauf/Börsengang betrachten insbesondere Wirtschaftsverbände und Bundestagsopposition die Herauslösung des Fahrwegs aus dem Konzernverbund. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA kann nur davor warnen,

Diskussion um Börsengang gerät in Schieflage

die Frage der Fortentwicklung des Schienenverkehrs in Deutschland auf die derzeit einseitig diskutierten Aspekte der künftigen Eigentümerstruktur und der organisatorischen Behandlung des Schienennetzes einzuengen. Insbesondere die Herauslösung des Netzes aus dem DB Konzern würde die positive Entwicklung der DB AG und des Schienenverkehrs in Deutschland nachhaltig gefährden.

Ungleiche Wettbewerbsbedingungen

Wesentliche Ursachen für den bis zum heutigen Tage unzureichenden Anstieg der Verkehrsleistungen im Schienenverkehr sind nach Einschätzung der Verkehrsgewerkschaft GDBA die ungleichen Wettbewerbsbedingungen. Die Reduzierung der für die Infrastruktur erforderlichen Mittel wird diesem Verkehrsträger – und somit allen am Schienenverkehr beteiligten Unternehmen – zudem zusätzliche Einbußen an Konkurrenzfähigkeit bescheren.

Schon aufgrund dieser Zusammenhänge und der bekannten Wirkungsweise defensiver Bahnpolitik würden ein übereilter Konzernverkauf und eine Netzabtrennung gegenwärtig völlig ungeeignete Maßnahmen darstellen, um den bisherigen Trend umzukehren. Im Gegenteil – unter den heutigen Rahmenbedingungen muss für den Fall voreiliger Entscheidungen mit einer in Deutschland nicht gekannten Ausdünnung des Verkehrsangebotes gerechnet werden. Dazu würde in ganz besonderem Maße die ungleich stärkere Rendite-Orientierung eines (teil-)privatisierten Bahnkonzerns beitragen.

Nicht etwa die Herauslösung des Fahrwegs darf als Grundvoraussetzung für eine Teilveräußerung der Deutschen Bahn AG betrachtet werden. Es ist vielmehr die Sicherung des heu-

tigen Angebotsvolumens im Schienenverkehr als Ausgangsgröße für eine deutliche Ausweitung von Marktvolumen und Marktpotential in diesem Bereich.

Von der dafür notwendigen Verbesserung der Rahmenbedingungen hängen die langfristigen Erfolgsaussichten der gesamten Branche einschließlich ihrer Zulieferer ab. Die Bundesregierung und auch die Länderregierungen stehen deshalb in der Pflicht, vor einem Verkauf von Anteilen am Bahnkonzern durch ordnungs-, steuer- und investitionspolitische Entscheidungen die Erreichbarkeit des Zieles, mehr Verkehr auf die Schiene zu bekommen, endlich sicherzustellen; zumal die bahnpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand nach einem Verkauf endgültig auf ein Minimum begrenzt sein werden.

Die derzeit geführte öffentliche Diskussion über einen möglichen Börsengang und die gegebenenfalls damit verbundene politische Absicht, das Unternehmen DB AG zu zerschlagen, verunsichern die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner zutiefst. Sie haben zunehmend Sorge um ihre Arbeitsplätze sowie um ihre tariflichen und sozialen Standards und sind deshalb nicht bereit, diesen Kurs mitzutragen, heißt es in dem Schreiben an die Minister.

Allen Entscheidungsträgern muss klar sein, dass ein Börsengang gegen den Willen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Scheitern verurteilt ist. Die Beschlussgremien der Verkehrsgewerkschaft GDBA haben deshalb die Zustimmung für einen bevorstehenden Börsengang der DB AG deshalb von folgenden Bedingungen abhängig gemacht:

□ Der Bund muss ohne Wenn und Aber zu seiner finanziellen Verantwortung für den Fahrweg stehen.

- Die Deutsche Bahn muss auf Dauer in der Lage sein, Gewinne zu erzielen, und zwar durch die nachhaltige Stärkung ihrer Ertragskraft und nicht ausschließlich durch Personalkostensenkung; damit verbunden ist eine tarifvertraglich vereinbarte Beschäftigungssicherung bis zum Jahr 2010.
- Der Konzernverbund einschließlich des Fahrwegs muss erhalten bleiben.
- Die Benachteiligung des Schienenverkehrs hinsichtlich Steuern und Wegekosten muss beseitigt und dessen höhere Umweltverträglichkeit berücksichtigt werden.
- Für alle Schienenverkehrsunternehmen in allen Staaten der Europäischen Union müssen gleiche Zugangsbedingungen geschaffen werden.
- Künftig muss Dumpingwettbewerb zwischen den Schienenunternehmen durch einen Flächentarifvertrag ausgeschlossen werden.
- Grenzüberschreitende Aktivitäten multinationaler Unternehmen dürfen nicht zu einer Aushöhlung der Mitarbeiterrechte und Sozialstandards führen.

Börsengang nicht zu Lasten der Mitarbeiter

Der politische Wille des Bundes und der Länder, nach den zurückliegenden erheblichen Vorleistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Lasten eben nicht auf den Schultern der Belegschaften in den Unternehmen und deren Kunden abzuladen, muss schon heute für die Beschäftigten des Bahnkonzerns erkennbar sein.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA ist bereit, sich aktiv an einem offenen Dialog im Vorfeld der zu treffenden Entscheidungen zu beteiligen. Die Interessen der Mitarbeiter dürfen dabei nicht auf der Strecke bleiben.